

Stresstest

Verwundbare liberale Demokratie

Gesamtbefund

Österreich verfügt über starke demokratische Institutionen. Der Stresstest zeigt dennoch **22 Stellen, an denen politische Macht konzentriert, Kontrolle geschwächt oder demokratische Gegenmacht ausgeschaltet werden könnte.**

Die zentrale Gefahr ist nicht der plötzliche Zusammenbruch der Demokratie. Gefährlicher ist ein schrittweiser Umbau, bei dem Wahlen, Parlament und Gerichte formal weiterbestehen, ihre Fähigkeit zur Kontrolle aber zunehmend verloren geht.

Der entscheidende Mechanismus lautet:

Machtzugang → Machtkonzentration → Schwächung der Kontrolle → Einfluss auf Information und Ressourcen → Schwächung gesellschaftlicher Gegenkräfte → erschwerte demokratische Korrektur.

Eine Regierung müsste die Demokratie dafür nicht offen abschaffen. Es könnte genügen, Schlüsselämter zu besetzen, parlamentarische Kontrolle zu neutralisieren, Verwaltung und Sicherheitsbehörden politisch auszurichten, gerichtliche Kontrolle zu verzögern, Medienabhängigkeiten zu vergrößern und gesellschaftliche Gegenkräfte zu schwächen.

Die entscheidende Frage des Stresstests lautet deshalb: Kann politische Macht noch wirksam begrenzt und wieder abgelöst werden, wenn eine Regierung ihre Möglichkeiten zur Machtausweitung konsequent nutzt?

Gesamtbewertung

Die 22 Verwundbarkeiten beschreiben keine 22 voneinander unabhängigen Probleme. **Sie können eine Kette bilden.**

Eine politische Kraft erhält Zugang zu Schlüsselämtern. Sie konzentriert Kompetenzen und Besetzungsrechte. Das Parlament verliert Kontrollwirkung. Verwaltung und Sicherheitsbehörden werden stärker politisiert. Gerichte reagieren zu langsam oder verlieren Unabhängigkeit. Medien werden abhängiger und kritische Information schwächer. Öffentliche Ressourcen stabilisieren neue Machtverhältnisse. Zivilgesellschaft und politisch schwache Gruppen verlieren Handlungsmöglichkeiten. Ein unabhängiges Frühwarnsystem fehlt.

Am Ende müssen Wahlen nicht abgeschafft sein.

Es genügt, wenn die Bedingungen verändert wurden, unter denen eine Regierung noch wirksam kontrolliert, kritisiert, rechtlich begrenzt und schließlich wieder abgewählt werden kann.

Das ist die eigentliche Bedrohung, die der Stresstest sichtbar macht:

Nicht der plötzliche Tod der Demokratie, sondern der schrittweise Verlust ihrer Fähigkeit, Macht zu korrigieren.

Grundlage

Der Stresstest verbindet die Diskussion des **Netzwerks Chance Demokratie** über konkrete österreichische Verwundbarkeiten mit internationaler Forschung zu demokratischer Erosion und Resilienz.

https://www.chancedemokratie.net/files/ugd/13a075_8b694fcd0c4e4f94a83089067301beb2.pdf

Der Forschungsstand beschreibt demokratischen Rückbau häufig als schrittweisen Prozess: Exekutivmacht wird ausgeweitet, Kontrollinstitutionen werden geschwächt, Medien und Zivilgesellschaft geraten unter Druck und die Bedingungen fairer politischer Konkurrenz verändern sich.

I. Politischer Machtzugang

1. Illiberale Koalitionen

Die entscheidende Schwelle ist der Zugang zur Staatsmacht.

Eine illiberale Partei braucht keine eigene Mehrheit. Eine Koalition kann ihr Ressorts und Ämter verschaffen, über die Personal, Sicherheitsbehörden, Verwaltung, staatliche Ressourcen und sensible Informationsflüsse beeinflusst werden können.

Damit entscheidet nicht nur die Stärke illiberaler Kräfte über das Risiko. Entscheidend ist auch, **ob andere Parteien ihnen Zugang zu jenen Machtpositionen eröffnen, von denen aus weitere Sicherungen geschwächt werden können.**

2. Radikalisierung am rechten Rand

Was politisch normal wird, kann später politisch umgesetzt werden.

Wenn antipluralistische, menschenfeindliche oder autoritäre Positionen dauerhaft wiederholt, übernommen oder verharmlost werden, verschiebt sich die Grenze des Akzeptablen.

Die Gefahr liegt deshalb nicht erst in einem konkreten Gesetz. Sie beginnt früher: **Politische Maßnahmen, die bisher undenkbar waren, werden gesellschaftlich vorstellbar und schließlich mehrheitsfähig.** Die Demokratie verliert damit eine ihrer wichtigsten informellen Schutzbarrieren.

II. Machtkonzentration und Ausschaltung institutioneller Kontrolle

3. Fehlende institutionelle und parteipolitische Machtbegrenzung

Demokratie wird gefährlich verwundbar, wenn Kontrolle zur Selbstkontrolle wird.

Beherrscht dieselbe politische Kraft Regierung, Parlamentsmehrheit, wichtige Ernennungsrechte und mehrere Kontrollinstitutionen, können formal getrennte Gewalten faktisch zusammenfallen.

Jede einzelne Entscheidung kann rechtmäßig erscheinen. In ihrer Summe kann jedoch eine Machtstruktur entstehen, in der **dieselben politischen Akteure entscheiden, sich kontrollieren und die Kontrollierenden bestellen.**

4. Macht ohne gewohnte Zurückhaltung

Eine ungeschriebene Grenze schützt nicht, wenn jemand beschließt, sie zu ignorieren.

Österreichs politisches System beruht teilweise auf Usancen, Konsens und freiwilliger Selbstbeschränkung. Kompetenzen werden nicht bis zum Letzten ausgeschöpft, weil dies politisch bisher als unangemessen galt.

Das wird zur Schwachstelle, sobald ein Amtsträger ausschließlich fragt: **Was ist rechtlich noch möglich?**

Eine robuste Demokratie darf nicht darauf angewiesen sein, dass mächtige Personen ihre Macht freiwillig nur maßvoll einsetzen.

5. Schwächung der parlamentarischen Kontrolle

Ein Parlament kann weiterbestehen und dennoch seine Kontrollfunktion verlieren.

Wenn Regierung, Parteiführung und Regierungsfractionen faktisch einen Machtblock bilden, kontrolliert die Parlamentsmehrheit nicht mehr unabhängig jene Regierung, die sie politisch trägt.

Werden zusätzlich oppositionelle Kontrollrechte blockiert, Informationen zurückgehalten, Verfahren beschleunigt oder Abgeordnete stark von Parteiführungen abhängig, bleibt parlamentarische Kontrolle auf dem Papier bestehen – **praktisch wird sie zur Selbstkontrolle der Regierung.**

6. Verordnungen und Erlässe

Die Exekutive kann schneller handeln, als der Rechtsstaat korrigieren kann.

Ministerien können über Verordnungen, Erlässe und Verwaltungsentscheidungen unmittelbar Wirkung erzeugen.

Werden viele rechtlich problematische Maßnahmen gleichzeitig gesetzt, können Gerichte sie zwar später aufheben. Bis dahin gelten sie jedoch. Wird der Rechtsschutz zugleich mit zahlreichen Verfahren belastet, entsteht ein gefährliches Ungleichgewicht:

Die Regierung schafft Tatsachen sofort. Die Kontrolle kommt später. Zeit wird zum Machtinstrument.

7. Politisierung der Verwaltung

Wenn politische Loyalität Fachlichkeit und Gesetzesbindung verdrängt, verliert der Staat eine zentrale Schutzschicht.

Eine professionelle Verwaltung soll politische Entscheidungen rechtmäßig und sachlich umsetzen. Sie darf nicht zum Parteiapparat werden.

Werden Führungspositionen nach Loyalität vergeben, politische Kabinette zu Parallelverwaltungen ausgebaut oder Karrieren von politischer Nähe abhängig, verändert sich das Verhalten der gesamten Organisation.

Die Gefahr beginnt dort, wo Beamtinnen und Beamte nicht mehr primär fragen, **was Gesetz und Fachlichkeit verlangen, sondern was die politische Führung erwartet**. Die Quellen nennen genau diese Verschiebung von Loyalität als zentrales Risiko.

8. Politische Kontrolle von Polizei und Verfassungsschutz

Wer Sicherheitsbehörden politisch vereinnahmt, gewinnt Zugriff auf Information und staatliche Zwangsmacht.

Polizei und Nachrichtendienste verfügen über sensible Informationen, Ermittlungsbefugnisse, Überwachungsmöglichkeiten und staatliche Zwangsmittel.

Wer dort persönliche Loyalitäten, abhängige Führungsebenen oder politische Berichtslinien etabliert, kontrolliert nicht nur eine Verwaltungsbehörde. Er gewinnt Einfluss auf Institutionen, deren Macht gegenüber Bürgerinnen und Bürgern besonders weit reicht.

Eine politisierte Sicherheitsbehörde kann vom Schutzorgan zum Machtinstrument werden.

9. Politische Einflussnahme auf die Justiz

Eine Justiz, die zu spät oder nicht unabhängig handelt, begrenzt Macht nur noch auf dem Papier.

Einfluss auf Weisungen, Karrierewege, Ernennungen oder Ressourcen kann die praktische Unabhängigkeit von Justiz und Staatsanwaltschaft schwächen.

Hinzu kommt die Geschwindigkeit: Eine rechtswidrige Entscheidung kann enorme Wirkung entfalten, bevor sie Jahre später aufgehoben wird.

Die Gefahr besteht deshalb nicht erst in offen politisch gesteuerten Urteilen. Sie beginnt dort, wo **gerichtliche Kontrolle ihre Unabhängigkeit, Durchsetzungskraft oder Geschwindigkeit verliert**.

10. Vereinnahmung oder Überlastung von Höchstgerichten und Verfassungsgerichtshof

Fällt die letzte rechtliche Grenze, kann politische Macht dauerhaft abgesichert werden.

Höchstgerichte können Regierung und Gesetzgeber Grenzen setzen. Gerade deshalb sind ihre Besetzung und ihre Arbeitsfähigkeit strategisch entscheidend.

Politisch konzentrierte Ernennungen können die institutionelle Balance langfristig verändern. Eine Vielzahl gleichzeitig zu prüfender Maßnahmen kann Gerichte zusätzlich überlasten.

Die besondere Gefahr: **Eine politisch geprägte Gerichtsstruktur kann eine Regierung überleben. Macht wird institutionell gespeichert und wirkt nach einem Machtwechsel weiter.**

III. Kontrolle über Öffentlichkeit, Information und Ressourcen

11. ORF, Medienordnung und Informationsintegrität

Wer die Informationsordnung beeinflusst, schwächt die Fähigkeit der Gesellschaft, Macht überhaupt noch zu kontrollieren.

Demokratie braucht unabhängigen Journalismus. Bürgerinnen und Bürger, Abgeordnete und andere Entscheidungsträger müssen wissen können, was Regierung und Verwaltung tatsächlich tun.

Wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk über Führung, Finanzierung oder Gremien politisch abhängig und geraten zugleich private Medien wirtschaftlich unter Druck, verändert sich die Informationslandschaft.

Dafür muss kein Medium verboten werden. **Es genügt, unabhängige Berichterstattung abhängiger, schwächer oder weniger sichtbar zu machen.**

Die zugrunde liegenden Beiträge beschreiben außerdem einen möglichen Kreislauf aus Angriffen auf professionelle Medien, Vertrauensverlust und der Verlagerung von Publikum in parteipolitische oder propagandistische Parallelmedien.

12. Desinformation und Delegitimierung

Das Ziel von Desinformation kann größer sein als die einzelne Lüge: die Zerstörung des Vertrauens in jede verlässliche Instanz.

Wer Wahlen, Gerichte, Medien, Wissenschaft und Parlament dauerhaft als manipuliert oder illegitim darstellt, untergräbt die gemeinsame Grundlage demokratischer Entscheidungen.

Der gefährliche Punkt ist erreicht, wenn Menschen nicht mehr sagen: „Diese Entscheidung ist falsch“, sondern: „**Das gesamte Verfahren ist Betrug.**“

Dann wird auch eine Wahlniederlage immer schwerer akzeptierbar.

13. Finanzierung und mediale Unterstützung illiberaler Politik

Politische Macht wächst nicht nur durch Stimmen, sondern auch durch Geld, Reichweite und Infrastruktur.

Vermögende Unterstützer, Unternehmen, ausländische Netzwerke, parteinahe Medien oder digitale Kommunikationsstrukturen können politische Kräfte organisatorisch und publizistisch stärken.

Das Risiko steigt, wenn diese Verbindungen intransparent bleiben. Dann kann politische Macht erheblich wachsen, **ohne dass Öffentlichkeit und Kontrolle erkennen, wer sie finanziert, verbreitet oder strategisch unterstützt.**

14. Öffentliche Gelder und Förderungen

Der Staat kann Abhängigkeit auch mit Geld erzeugen.

Förderungen, Inserate, Aufträge und andere öffentliche Mittel können Medien und Organisationen wirtschaftlich von politischen Entscheidungen abhängig machen.

Direkte Weisungen sind dafür nicht notwendig. Bereits die Aussicht auf künftige Vorteile oder Nachteile kann Verhalten verändern.

Wo Vergabe und Geldflüsse intransparent sind, können öffentliche Mittel **politische Loyalität belohnen, Kritik verteuern und Einflussnetze stabilisieren.**

15. Demokratiegefährdende Machtkonzentration in Medien und Gesellschaft

Demokratie verliert ihre Balance, wenn Gegenmacht zwar erlaubt, aber praktisch wirkungslos wird.

Nicht nur staatliche Macht kann sich konzentrieren. Auch wirtschaftliche, mediale oder digitale Macht kann so groß werden, dass wenige Akteure bestimmen, welche Informationen Reichweite erhalten, welche Themen gesetzt und welche Positionen überhaupt wahrgenommen werden.

Der demokratisch kritische Punkt ist erreicht, wenn **alternative Stimmen formal existieren, aber keine reale Chance mehr haben, wirksam Öffentlichkeit herzustellen.**

IV. Erosion gesellschaftlicher Resilienz

16. Erosion von Demokratiebewusstsein und demokratischer Überzeugung

Demokratie wird verwundbar, wenn demokratische Regeln nur noch gelten sollen, solange die eigene Seite gewinnt.

Libérale Demokratie ist mehr als Mehrheitsentscheidung. Sie umfasst Grundrechte, Gewaltenteilung, Minderheitenschutz, unabhängige Gerichte und faire politische Konkurrenz.

Der eigentliche Test demokratischer Überzeugung beginnt deshalb dort, wo diese Regeln **den eigenen politischen Interessen Grenzen setzen.**

Wer sie dann nicht mehr akzeptiert, verteidigt nicht Demokratie, sondern Macht.

17. Verlust von Vertrauen und demokratischer Handlungsfähigkeit

Wenn Demokratie dauerhaft als handlungsunfähig erlebt wird, werden autoritäre Abkürzungen attraktiver.

Werden Probleme nicht gelöst, Entscheidungen nicht nachvollziehbar erklärt und Verantwortlichkeiten nicht sichtbar, sinkt das Vertrauen in demokratische Institutionen.

Dann entsteht ein gefährlicher Kreislauf: geringe Handlungsfähigkeit schwächt Vertrauen; geringes Vertrauen erschwert gemeinsames Handeln.

Autoritäre Politik kann daraus ein einfaches Angebot machen: **Kontrollen seien das Problem, Durchgriff die Lösung.** So kann demokratische Schwäche zum Argument für weniger Demokratie werden.

18. Normalisierung der Entmenschlichung

Wer Menschen sprachlich aus der Gemeinschaft ausschließt, senkt die Schwelle für ihren rechtlichen Ausschluss.

Werden Gruppen dauerhaft als minderwertig, gefährlich, parasitär oder nicht zugehörig dargestellt, verändert sich die Wahrnehmung ihrer Rechte.

Was gegenüber gleichberechtigten Bürgerinnen und Bürgern unvertretbar wäre, kann gegenüber einer zuvor entmenslichten Gruppe plötzlich als legitim erscheinen.

Entmenschlichung macht Ungleichbehandlung politisch denkbar.

19. Gefährdung politisch schwacher Gruppen

Die erste Einschränkung von Rechten trifft häufig jene, die sich am schwersten wehren können.

Menschen ohne Wahlrecht, mit unsicherem Status, wenig Einkommen oder geringer gesellschaftlicher Repräsentation besitzen weniger Möglichkeiten, politische Eingriffe abzuwehren.

Gerade deshalb sind sie ein Testfall für den Rechtsstaat.

Wenn Grundrechte faktisch davon abhängen, wie viele Stimmen, Ressourcen oder öffentliche Unterstützung eine Gruppe besitzt, **werden universelle Rechte zu politisch bedingten Privilegien.**

20. Schwächung der Zivilgesellschaft

Ohne organisierte Gegenmacht stehen Bürgerinnen und Bürger konzentrierter politischer Macht weitgehend einzeln gegenüber.

Vereine, NGOs, Initiativen, Religionsgemeinschaften, Interessenvertretungen und andere unabhängige Netzwerke schaffen Öffentlichkeit, Wissen und Mobilisierungsfähigkeit.

Werden sie finanziell ausgetrocknet, administrativ behindert, eingeschüchtert oder delegitimiert, verliert die Demokratie eine Schutzschicht, die besonders wichtig wird, wenn staatliche Institutionen bereits geschwächt sind.

Das Problem lässt sich im Ernstfall nicht kurzfristig beheben: **Organisierte Gegenmacht muss existieren, bevor sie gebraucht wird.**

V. Versagen zusätzlicher Sicherungen

21. Ausfall föderaler und europäischer Gegenkräfte

Auf eine zweite Verteidigungslinie kann man sich nur verlassen, wenn sie im Ernstfall tatsächlich funktioniert.

Länder, Gemeinden und europäische Institutionen können nationale Macht begrenzen. Sie können aber selbst politisch gleichgerichtet, institutionell schwach, intransparent oder zu langsam sein.

Die Gefahr liegt darin, diese Ebenen für eine automatische Versicherung zu halten.

Wenn nationale Kontrolle bereits geschwächt ist und auch föderale oder europäische Gegenkräfte nicht rechtzeitig greifen, fällt eine entscheidende Rückfallebene aus.

22. Fehlendes unabhängiges Monitoring und Frühwarnsystem

Die vielleicht gefährlichste Schwäche ist, den Angriff erst zu erkennen, wenn er weit fortgeschritten ist.

Demokratische Erosion besteht häufig aus vielen Maßnahmen, die einzeln erklärbar erscheinen: eine Personalentscheidung, eine Änderung eines Gesetzes, eine neue Berichtslinie, eine Förderentscheidung, ein Angriff auf ein Gericht, eine Einschränkung zivilgesellschaftlicher Tätigkeit.

Erst die Summe zeigt die Richtung.

Ohne unabhängiges Monitoring sieht jede Institution nur einen Ausschnitt. **Niemand erkennt rechtzeitig, dass aus vielen Einzelentscheidungen ein systematischer Umbau der Machtordnung entsteht.**

Impressum

Für den Inhalt verantwortlich:

Andreas Kovar

Medieninhaber und Herausgeber:

Netzwerk Chance Demokratie, Dorotheergasse 7, 1010 Wien

Kontakt:

office@chancedemokratie.net

Veröffentlichung:

September 2026